

# Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **244 (1971)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Weltchronik

(Vom 1. Juni 1969 bis 31. Mai 1970)

An die Spitze der diesjährigen Weltchronik möchte der Chronist ein Ereignis stellen, das während einiger Tage einen Grossteil der Weltbevölkerung in Atem hielt: den ersten bemannten Raumflug zum Mond, der im Juli 1969 den drei amerikanischen Astronauten Neil Armstrong, Edwin Aldrin und Michael Collins mit ihrem Raumschiff «Columbia» gelang. Nachdem sie in eine Umlaufbahn um den Mond eingetreten waren, lösten Armstrong und Aldrin die Landefähre vom Mutterschiff und landeten mit ihr kurze Zeit später am vorbestimmten Ort auf dem Mond. Sie hielten sich mehrere Stunden auf der Mondoberfläche auf, sammelten Gesteinsproben und flogen daraufhin mit der Landefähre wieder zurück zum Mutterschiff, das während ihres «Ausflugs» von Collins in der Umlaufbahn um den Mond gehalten worden war. Am 23. Juli landeten die drei Astronauten wohlbehalten im Pazifik. Schon Mitte November erfolgte der zweite Mondflug; im Raumschiff Apollo 12 erreichten Charles Conrad, Richard Gordon und Allen Bean ebenfalls den Mond. Das ganze Unternehmen verlief absolut planmässig, und auch diese Equipe landete ohne Schwierigkeiten im Pazifik. Dass wir aber noch weit entfernt sind von einer sorgenfreien Spazierfahrt auf den Mond, zeigte sich Mitte April, als die Amerikaner das dritte Mondlandeunternehmen, Apollo 13, in Szene setzten. Nachdem der Start reibungslos verlaufen war, ereignete sich an Bord des Raumschiffes eine Explosion, die zur Folge hatte, dass an eine Landung auf dem Mond nicht mehr zu denken war. Gesteuert und überwacht vom Kontrollzentrum in Houston kehrten darauf die drei Astronauten zurück. Während Tagen verfolgte die Weltöffentlichkeit gespannt diesen Rückflug, in Sorge, ob das beschädigte Raumschiff noch zurückzukehren vermöge. Wie sorgfältig das Unternehmen geplant war, zeigte sich nun, gelang es doch trotz enormer technischer Schwierigkeiten, das Raumschiff zusammen mit den drei Astronauten wieder sicher auf die Erde zurückzuführen. Wenn man auch über Sinn

oder Unsinn dieser Mondlandeunternehmen geteilter Meinung sein kann, so bleibt doch die Bewunderung vor der grossartigen technischen Leistung und die Hochachtung für die Gewissenhaftigkeit, mit der versucht wird, die Risiken für die Besatzung des Raumschiffs so gering wie irgend möglich zu halten. Erfreulicherweise waren auch die schweizerische Wissenschaft und die schweizerische Industrie mit Beiträgen an den Mondflügen beteiligt.

Präsident Nixon und die amerikanische Regierung hatten diesen spektakulären Erfolg nötig. Die Vereinigten Staaten scheinen sich gegenwärtig in einer ihrer schwierigsten Zeiten seit langem zu befinden. Es will immer noch nicht gelingen, mit den innenpolitischen Problemen, namentlich mit der Frage der Eingliederung der schwarzen Bevölkerung in den Staat, fertig zu werden, und auch aussenpolitisch entstehen immer neue Schwierigkeiten. Vor allem ist es der Vietnamkrieg, der zu grössten Sorgen Anlass gibt. Schon im Juni des vergangenen Jahres erklärte sich Nixon nach Besprechung mit südvietnamesischen Regierungsstellen entschlossen, einen Teil seiner Truppen aus Südvietnam zurückzuziehen. Viele Amerikaner scheinen kriegsmüde zu sein und allgemein vom Abenteuer des Vietnamkrieges genug zu haben. Auf diese Kreise wirkte denn auch der Entschluss des Präsidenten im Mai 1970, eine begrenzte Aktion in Kambodscha, dem Nachbarland Vietnams, zu unternehmen, wie das rote Tuch auf den Stier. Der Präsident befand sich aber in einer äusserst unangenehmen Zwangslage. Einerseits steht fest, dass die kommunistischen Einheiten der Nordvietnamer in Kambodscha Nachschubbasen und ganze Kommandoposten errichtet hatten, um von dort aus, also unter dem Schutz eines neutralen Landes, ihre Aktionen im Nachbarland steuern zu können. Andererseits wird der Ruf der amerikanischen Bevölkerung, die Finger von den Problemen Südostasiens zu lassen, immer unüberhörbarer. Es kam zu Protestkundgebungen im ganzen Land, an denen sich namentlich die Jugend, und hier wieder vorzugsweise die Studenten, beteiligten. Bei Krawallen an der Universität Kent in Ohio gab es eine Schiesserei, der vier Studenten zum Opfer fielen.



Hand in Hand mit diesen Ereignissen geht eine wirtschaftliche Depression einher, gepaart mit einem Ansteigen der Arbeitslosenziffern, ohne dass es gleichzeitig möglich wäre, die Inflation zu bremsen. Die kommenden Monate werden darüber entscheiden müssen, ob es Nixon gelingt, die Ruhe im Land wieder herzustellen und es zu einer neuen Epoche der Blüte zu bringen.

\* \* \*

In *Frankreich* ist das vom ehemaligen Präsidenten De Gaulle vorausgesagte Chaos nach seinem Rücktritt bis heute nicht eingetreten. Im Gegenteil hat sich das Land erstaunlich gut von den Folgen der Maiunruhen im Jahre 1968 erholt. Die Wirtschaft blüht, und auch politisch ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. Als neuer Staatspräsident wurde im zweiten Wahlgang am 15. Juni 1969 Georges Pompidou gewählt, der 58% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte. Am 8. August fasste Präsident Pompidou einen Entschluss, den sein Vorgänger aus Prestigeerwägungen immer wieder zurückgestellt hatte, den Entschluss nämlich, den französischen Franken abzuwerten. Die Massnahme erwies sich als geeignet, die französische Wirtschaft wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Mitte September unterbreitete Premierminister Chaban-Delmas in einer Regierungserklärung der Nationalversammlung ein Programm verschiedener interner Reformen. Dadurch sollen die sozialen Spannungen gemildert und der Weg zu einer sogenannten «Neuen Gesellschaft» geöffnet werden. Immer noch kam es indessen zu Streiks, und auch an den Universitäten, namentlich in Nanterre bei Paris, ist noch keine endgültige Beruhigung eingetreten. Der Dekan dieser Universität, die als Modell einer neuen und modernen Universität geplant worden war, trat zurück, nachdem er während Monaten vergeblich versucht hatte, einen geordneten Lehrbetrieb ohne Hilfe der Polizei aufrechtzuerhalten. Pikant ist, dass die für Nanterre verantwortliche Kommission, nachdem es ihr nicht gelungen war, einen neuen Dekan zu finden, den Posten dem ehemaligen Unterrichtsminister Edgar Faure, dem Vater des neuen französischen Universitätsgesetzes, anbot. Auch

dieser lehnte aber dankend ab, offenbar in der begründeten Angst, die Geister, die er gerufen hatte, nicht mehr loswerden zu können.

Als erfreuliche Tatsache darf auch festgehalten werden, dass es Pompidou gelungen ist, die unter seinem Vorgänger erkalteten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wieder aufzunehmen. Ein Besuch im Februar führte ihn nach Washington, Cape Kennedy, San Francisco, Chicago und schliesslich nach New York. In San Francisco und in Chicago kam es zu Kundgebungen jüdischer Gruppen, die damit gegen die französische Nahostpolitik protestieren wollten. Einen Augenblick schien es, als ob Pompidou seinen Besuch abbrechen und unter Auslassung von New York wieder nach Hause zurückfliegen würde. Präsident Nixon gelang es indessen, ihn umzustimmen, so dass der Besuch in New York doch noch stattfinden konnte und die Staatsvisite versöhnlich endete.

Ende Mai kam es in Paris wieder zu Strassenkämpfen, und zwar weil die Regierung gegen die staatsgefährlichen Umtriebe der sogenannten Gauchistes, der maoistischen äussersten Linken, massiv eingriff. Es gelang den Gauchistes aber vorläufig nicht, eine Grundwelle des Protests wie im Mai 1968 hervorzurufen.

\* \* \*

Ein recht bewegtes Jahr hat auch die *Bundesrepublik Deutschland* hinter sich. Die mit Spannung erwarteten Wahlen von Ende September ergaben für die führende Partei der Christlich-Demokratischen Union (CDU) einen Verlust von drei Mandaten, während die Sozialdemokratische Partei deren 22 gewinnen konnte. Die Freie Demokratische Partei, die bisher mit 49 Mandaten im Bundestag vertreten war, fiel auf einen Bestand von 30 Sitzen zurück. Erfreulicherweise gelang es der neonazistischen NPD nicht, einen Abgeordneten nach Bonn zu entsenden. Die beiden grossen Parteien der CDU und der Sozialdemokraten, die bisher gemeinsam für die Regierungsführung verantwortlich gezeichnet hatten, trennten sich, und es gelang den geschickt operierenden Sozialdemokraten, mit den Freien Demokraten ein Bündnis abzuschliessen. Damit waren die Tage von Bundeskanzler Kie-



singer, der der CDU angehört hatte, gezählt, und neuer Bundeskanzler wurde der bisherige SPD-Vorsitzende Willy Brandt. Im Vorfeld der Wahlen war es zu ausgedehnten Spekulationen um eine Aufwertung der Deutschen Mark gekommen. Nachdem die alte Regierung sich einer Markaufwertung immer wieder widersetzt hatte, musste sie Ende September die Börsen schliessen lassen und später den Wechselkurs freigeben. Ende Oktober verfügte dann die neue Regierung eine Aufwertung der Deutschen Mark um 8,5%, wodurch die überhitzte Konjunktur in der Bundesrepublik gedämpft wurde. Dieser Schritt war auch für Frankreich bedeutungsvoll, wurden doch damit seine Exporte nach der Bundesrepublik, die schon durch die Abwertung des französischen Franken verbilligt worden waren, noch einmal preisgünstiger. Das dürfte nicht zuletzt zum erstaunlich raschen Wiedererstarren der französischen Wirtschaft geführt haben.

Der neue Bundeskanzler war sofort bestrebt, der neuen deutschen Politik seinen Stempel aufzudrücken. Nachdem die CDU seit Ende des Zweiten Weltkrieges ununterbrochen regiert hatte, war es zu gewissen Erstarrungen und Verknöcherungen gekommen, die zu lösen sich die neue Regierung nun bemüht. In erster Linie war es das Verhältnis zum ostdeutschen Nachbarn, der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, das auf der Traktandenliste stand. Gegen Ende Dezember richtete der Vorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, ein Schreiben an Bundespräsident Gustav Heinemann, in dem er den Ab-

schluss eines Staatsvertrages zwischen den beiden Staaten empfahl. Im Februar doppelte der ostdeutsche Ministerpräsident, Willi Stoph, mit einer Einladung Brandts zu einem Gespräch in Ost-Berlin nach. Brandt nahm diese Einladung an,



Hans Peter Tschudi  
Bundespräsident für das Jahr 1970  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

und nach einigem Geplänkel um den Ort des Treffens fand man sich in Erfurt zusammen. Jedermann war wohl klar, dass aus diesem Gespräch keine sensationellen Ergebnisse zu erwarten waren. Wohl das interessanteste Ereignis war der Empfang, den die Bevölkerung von Erfurt dem westdeutschen Bundeskanzler bereitete. Trotz einem riesigen Polizeiaufgebot gelang es nämlich der Menge, auf den Platz vor dem Hotel, in dem die Besprechung stattfand, vorzudringen und mit dauernden Sprechchören Willy Brandt hervorzurufen und zu ehren. Diese Demonstration passte in keiner Weise ins Konzept der ostdeutschen Machthaber; sie verhängten drakonische

Strafen gegen einen Teil der daran beteiligten Personen. Offenbar gilt es dort als Staatsverbrechen, einen ausländischen Regierungschef nicht kalt-schnäuzig, sondern herzlich zu begrüßen. Dass das Problem der Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander noch weit von einer Lösung entfernt ist, wurde deutlich, als Brandt Stoph Ende Mai in Kassel zu einem Gegenbesuch empfing. Stoph war vorher zur Entgegennahme von Instruktionen nach Moskau geflogen und erklärte, nur dann weiter verhandeln zu wollen, wenn die Bundesrepublik die DDR völkerrechtlich anerkenne, eine für Brandt im Moment unannehmbare Forderung. Demonstrationen von





Ein welthistorisches Ereignis: der erste Mensch auf dem Mond  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Kommunisten einerseits und Neonazis andererseits verhinderten schliesslich sogar die geplante Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus, so dass das Treffen in allgemeiner Missstimmung und ohne die geringste Aussicht auf eine Fortsetzung in absehbarer Zeit sein Ende nahm. Es scheint, dass die Bundesrepublik damit gegenüber der DDR den kürzern gezogen hat. Ohne auch nur im geringsten entgegenzukommen, ist es der DDR gelungen, mit der Bundesregierung in Kontakt zu gelangen; das bedeutet, von ihr aus gesehen, einen Fortschritt, denn weder während der Regierungszeit Adenauers, noch während der-

jenigen Kiesingers wurde das Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik offiziell zur Kenntnis genommen.

\* \* \*

Ein kurzer Blick auf England und Italien soll den Bericht über das Geschehen im Ausland abrunden. *England* hat im abgelaufenen Jahr ohne Zweifel Fortschritte erzielt. So ist es im grossen und ganzen gelungen, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, und von einer erneuten Abwertung der lange Zeit krank gewordenen Währung spricht man kaum mehr. Das hat Premierminister Wilson bewogen, auf den 18. Juni Neuwahlen auszuschreiben. Aus Umfragen bei der Bevölkerung hatte sich nämlich ergeben, dass die Labour-Regierung, die während langer Zeit kaum mehr Sympathien genossen hatte, vom Stimmbürger zusehends besser beurteilt wurde.

Grosse Schwierigkeiten bereitet der Regierung das Verhältnis zu Nordirland. Dort hatten sich seit dem August des letzten Jahres Katholiken und Protestanten Kämpfe geliefert, die das Eingreifen britischer Truppen notwendig machten. Mitte April wurde Ian Paisley, ein extremistischer protestantischer Pfarrer, in einer Nachwahl ins Parlament von Nordirland in Belfast gewählt. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis in Nordirland wieder Ruhe einkehrt. Ausserpolitisch ist zu melden, dass England immer stärker mit einem Beitritt zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur

EWG, liebäugelt. Anfangs März besuchte der neue Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, Premierminister Wilson in London, und es wurden rege Gespräche über den Beitritt Englands zur EWG geführt. Mit Rhodesien wurden Ende Juni 1969 die diplomatischen Beziehungen wohl endgültig abgebrochen, nachdem die Rhodesier in einer Volksabstimmung ihren Staat zur selbständigen Republik erklärt hatten.

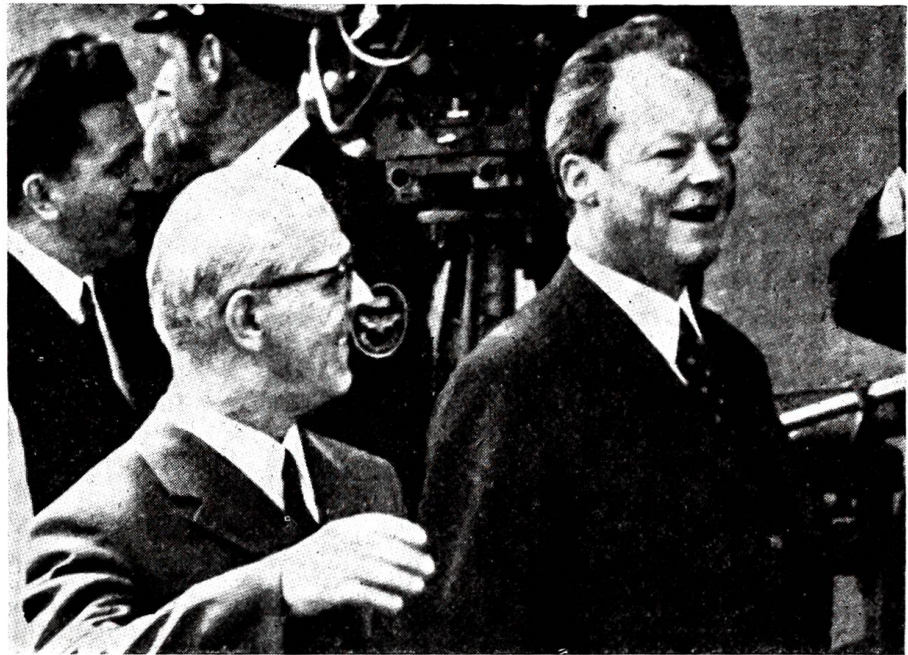
Schliesslich sei noch erwähnt, dass im Januar der Krieg zwischen Nigeria und Biafra mit der Kapitulation Biafras zu Ende ging. Nigeria hatte sich bereit erklärt, den notleidenden Bia-



franern mit Lebensmitteln und Medikamenten zu helfen, doch ergaben sich wegen des Mangels an Transportmitteln und personeller Unfähigkeit bei der Organisation einer solchen Riesenaufgabe chaotische Zustände.

Die Verhältnisse in *Italien* haben sich im abgelaufenen Jahr eher zum Schlechten gewendet. Anfangs Juli trat die Mitte/Links-Regierung von Ministerpräsident Rumor zurück; erst einen Monat später gelang es Rumor, eine neue Regierung, die ausschliesslich aus Christlichdemokraten zusammengesetzt war, zu bilden. Auch dieser Regierung war aber nur eine kurze Lebensdauer beschieden, indem sie anfangs Februar

bereits wieder zurücktrat. Die darauffolgende Krise dauerte sieben Wochen, während denen verschiedene Persönlichkeiten versuchten, eine neue Regierung zu bilden. Wieder war es Rumor, dem dieses Kunststück schliesslich gelang. Die neue Regierung setzt sich zusammen aus Vertretern der Christlichdemokraten und der Sozialisten. Im ganzen Land schwelt aber nach wie vor Unruhe, die sich von Zeit zu Zeit zu offenem Widerstand verdichtet. Streiken für einmal die Postbeamten nicht, dann sind es die Eisenbahner, und wenn diese wieder zur Arbeit zurückkehren, treten die Hochschulprofessoren in den Ausstand. Auch die Zöllner und verschiedene Gruppen von Arbeitern, namentlich in der Metallindustrie, haben immer wieder neue Streiks entfacht. Am 12. Dezember kam es zu schweren Sprengstoffanschlägen in Mailand und Rom, die gesamthaft 16 Tote und über 90 Verletzte forderten. Es schien kurze Zeit, als ob diese tragischen Ereignisse eine Wendung zum Besseren eingeleitet hätten, doch dauerte es nicht lange, bis wieder neue Streiks, verbunden mit



Willi Stoph (links) und Willy Brandt bei ihren Gesprächen in Kassel. So freundlich wie ihr Lächeln waren die Gedanken der beiden Staatsmänner kaum.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Gewalttaten, folgten. Erfreulich ist, dass es im Dezember gelang, die neuen Massnahmen für die Region Südtirol, die ein grosses Sorgenkind der Regierung geworden war, vor dem italienischen Parlament durchzubringen. Man darf annehmen, dass durch dieses Entgegenkommen der Regierung die Südtirolfrage, die lange Zeit die Beziehungen zwischen Österreich und Italien vergiftet hatte, einer Lösung entgegengeführt worden ist. Die weitere Entwicklung in Italien gibt aber zu Bedenken Anlass, und bereits sprechen Beobachter der politischen Lage von der Möglichkeit eines durch die neofaschistischen Organisationen herbeigeführten Umsturzes.

\* \* \*

Leider war auch das vergangene Jahr wieder reich an Unglücksfällen und Katastrophen. 1969 wurden in der Schweiz bei Verkehrsunfällen 1575 Menschen getötet; das sind 9% mehr als im Vorjahr. Jeder Tag fordert also das Leben von vier Menschen. Die Verkehrsverbände, die Behörden und die Beratungsstelle für Unfallverhütung





*Die Überschwemmungen in Rumänien*

Sämtliche Verbindungen, Elektrizität und Telephon waren unterbrochen. 600 000 Hektaren Kulturland standen unter Wasser.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

kämpfen unablässig, aber offensichtlich ohne grossen Erfolg, gegen das Wüten des Molochs Verkehr. Bis heute hat sich leider der menschliche Unverstand allen diesen Bemühungen überlegen gezeigt.

Im Februar 1970 wurde das Schweizervolk durch zwei Katastrophen aufgeschreckt. Am 21. Februar stürzte bei Würenlingen nach einer Explosion im Frachtraum eine Coronado der Swissair mit 47 Insassen, die alle den Tod fanden, ab. Das für Tel Aviv bestimmte Flugzeug wurde sehr wahrscheinlich durch ein Attentat arabischer Kreise zum Absturz gebracht. – Drei Tage später verschüttete eine riesige Lawine in Reckingen

im Oberwallis das Lager eines Flab-Kurses. 30 Zivilpersonen und Offiziere konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Das Militärdepartement schätzt den an Militärmaterial entstandenen Schaden auf ungefähr 14 Millionen Franken.

Die extremen Schneeverhältnisse des vergangenen Winters führten auch in Frankreich zu zwei schweren Katastrophen. Am 10. Februar verschüttete eine Lawine im Val d'Isère ein Hotel; aus seinen Trümmern konnten 40 Personen nur noch tot geborgen werden. Im April ereignete sich in Hochsavoyen ein gewaltiger Schnee- und Erdbeben, der einen neugebauten Flügel eines Kindersanatoriums mit sich riss. 70 Tote, die meisten davon Kinder, waren zu beklagen. In der Presse in Frankreich wurden daraufhin schwere Vorwürfe gegen die verantwortliche Leitung des Sanatoriums erhoben; es wurde geltend gemacht, dass diese Katastrophe voraussehbar gewesen sei. Die Untersuchung ist gegenwärtig noch im Gang. Neben den Lawinenglücken sind auch, als Folge der grossen Schneefälle und des schlechten Wetters, zwei Hochwasserkatastrophen zu erwähnen. So stand das Rheinland Ende Februar auf weite Strecken unter Wasser, und im Mai ereigneten sich in Rumänien Überschwemmungen, die ein Ausmass annahmen, wie seit Menschengedenken nie mehr erlebt. Dutzende von Quadratkilometern standen unter Wasser, und die Schäden sind noch nicht abzusehen. Im März forderte ein Erdbeben in der

Westtürkei das Leben von über 1000 Menschen; im Mai ereignete sich in Peru eine Erdbebenkatastrophe mit Überschwemmungen; ganze Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht, und die Zahl der Toten übersteigt wohl 40000.

\* \* \*

Wenn wir nun in die Schweiz zurückkehren und Rückschau halten auf das abgelaufene Jahr, so darf man wohl sagen, dass es in wirtschaftlicher Hinsicht ein gutes Jahr war. Die nun schon seit Jahren anhaltende Konjunktur dauerte weiter, und überall fehlte es an Arbeitskräften. Damit im Zusammenhang stand auch im Berichtsjahr wie-



der das Problem der Überfremdung, das in der Initiative Schwarzenbach, die anfangs Juni 1970 zur Abstimmung gelangt, gipfelte. Der Fremdarbeiterbestand hielt sich trotz der Massnahmen des Bundesrates immer noch auf 16% der Bevölkerung, war also ungefähr gleich hoch wie im vergangenen Jahr. Wenn auch die Angst vor einer Überfremdung der Schweiz zum guten Teil unbegründet ist – vor dem Ersten Weltkrieg gab es bei uns prozentual eher noch mehr Ausländer als heute –, so ist es doch sicher richtig, der Konjunktur nicht die Zügel schiessen zu lassen. Die hektische Betriebsamkeit, das unersättliche Streben nach

immer mehr Gewinn und grösseren Umsätzen, nach immer höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit, die Sucht, Neues und noch Neueres zu erleben, mehr zu sein oder doch zu scheinen als der Nächste, die wachsende Überzeugung weiter Kreise, dass bei Krankheit und im Alter nicht die Familie, sondern der Staat zu sorgen habe, das alles sind Zeichen unserer Zeit. Die Initiative Schwarzenbach ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln, hier bremsend und ändernd einzugreifen; ihre Annahme hätte jedoch neben wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch geradezu unmenschliche Auswirkungen auf unsere Fremdarbeiter. Der Ruf unseres Landes, nicht nur in Europa, sondern auch in der weiten Welt, würde dadurch ganz entscheidend geschädigt. Es ist stark zu hoffen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer Vernunft annehmen und dem Bundesrat bei seiner Politik der Konjunkturdämpfung nicht immer wieder in den Arm fallen. Diese Vernunft fehlte leider im vergangenen Jahr bei der Exportindustrie, als der Bundesrat das sogenannte Exportdepot einführen wollte. Jeder Exporteur von Waren hätte einen kleinen Teil des Geldes, das



*Trauerfeier in Reckingen für die Opfer der Lawinenkatastrophe*  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

er für seine ausgeführten Güter erhält, beim Bund hinterlegen müssen und hätte es erst nach einiger Zeit zur freien Verfügung zurückerhalten. Diese der Exportindustrie durchaus zumutbare Massnahme hätte sich sehr wahrscheinlich dämpfend auf die Konjunktur ausgewirkt. Es war bemühend mitzuerleben, wie sich in dieser blühenden Industrie ein Heulen und Zähneklappern erhob, als sei sie in ihren Grundfesten erschüttert. Das Parlament fiel auf dieses Wehklagen herein und wies die Vorlage an den Bundesrat zurück, der sie nun in verwässerter Form nochmals vorlegen wird. Unsere Industrie ist sonst nämlich durchaus in der Lage, mit Problemen fertigzuwerden, die sich aus der verschärften internationalen Konkurrenz ergeben. Wohl das auffallendste Zeichen, wie sie sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen versteht, sind die immer weiter um sich greifenden Betriebszusammenlegungen. Es will fast scheinen, dass kleinere und mittlere Betriebe im heutigen Wirtschaftsleben keine Überlebenschance mehr haben. Neben dem Zusammenschluss der beiden Chemie Giganten Geigy und Ciba, der zwar noch nicht erfolgt ist,



aber wohl in Kürze erfolgen dürfte, waren eine ganze Reihe von bekannten Unternehmen gezwungen, ihre Selbständigkeit aufzugeben, um mit anderen grösseren Firmen zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklung scheint namentlich im Kanton Bern ausgeprägt zu sein. Nach dem Zusammenschluss von Wander mit der in Basel beheimateten Firma Sandoz wurde die Gurtenbrauerei in Bern von der Brauerei Feldschlösschen in Rheinfelden übernommen. Auch die Brauerei Steinhölzli in Bern schloss sich einem neuen Grosskonzern der Brauereibranche an, der heute die Firmen Cardinal und Beaugard in Freiburg, dann eine Brauerei in Orbe und seit einigen Wochen auch die Brauerei Wädenswil umfasst. Besonderes Aufsehen erregte die Meldung im Mai, dass die bekannte Schokoladefabrik Tobler in Bern von der Firma Suchard in Serrières übernommen worden sei. Der ebenfalls weitgehend bernische Lebensmittelkonzern Ursina schloss sich im abgelaufenen Jahr mit der Interfrank-Holding zu der neuen Firma Ursina-Franck zusammen. Zu melden sind ferner die Übernahmen der Maschinenfabrik Sécheron in Genf durch die Brown Boveri in Baden und ferner diejenige der Maschinenfabrik Rütli im Zürcher Oberland durch die Georg Fischer AG in Schaffhausen, die schon vorher die Firma Oehler in Aarau übernommen hatte.

\* \* \*

Recht erfreulich ist, dass trotz der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz die Teuerung in einigermassen vernünftigen Grenzen gehalten werden konnte. Der Lebenskostenindex des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit stieg im vergangenen Jahr um 3,1%. Die Konjunkturbeobachter des Bundes sind aber der Auffassung, dass mit einer neuen Teuerungswelle in nächster Zeit gerechnet werden muss. Diese Annahme dürfte sich leider als richtig erweisen. Einmal hat sich gezeigt, dass in der Landwirtschaft das bäuerliche Einkommen entgegen den Erwartungen in den letzten zwei Jahren wieder hinter den anderen Einkommen zurückgeblieben ist. Der Bundesrat stimmte deshalb einer Erhöhung der abzunehmenden Menge an Verkehrsmilch zu und erhöhte auch den Richtpreis für Schlachtvieh. Diese beiden Massnahmen sollen

das Einkommen der bäuerlichen Betriebe um rund 10% verbessern. Sie sind aber mit Preiserhöhungen verbunden. Dass auch die Landwirtschaft rationalisieren muss und kann, zeigt sich darin, dass die Betriebsgrösse immer noch zunimmt. Täglich werden in der Schweiz neun bis zehn Bauernbetriebe aufgegeben. Das will aber nicht heissen, dass all das damit zusammenhängende Land andern als landwirtschaftlichen Zwecken zugeführt wird; recht häufig werden diese Betriebe andern Heimwesen angegliedert, wodurch die erwähnte Steigerung der Betriebsgrösse eintritt. Einen weiteren Teuerungsfaktor werden die Mieten bilden; die Hypothekarzinsen haben im vergangenen Jahr erneut angezogen, und es ist nicht damit zu rechnen, dass sie in nächster Zeit eine rückläufige Bewegung antreten werden. Je höher aber die Hypothekarzinsen sind, desto teurer werden die Mieten. Bedauerlich ist es, dass auch Hauseigentümer, die keinerlei Hypothekarschulden haben, höhere Hypothekarzinsen zum Anlass nehmen, ihre Mietpreise heraufzusetzen. Die ständig steigenden Kosten im Baugewerbe, bedingt durch eine starke Steigerung der Löhne und der Materialpreise, bringen es mit sich, dass neu gebaute Wohnungen in jedem Fall teurer vermietet werden müssen als früher erstellte. Das hat wiederum zur Folge, dass Mieter, die in älteren Wohnungen sitzen, solche Wohnungen nur im Notfall verlassen. Selbst dann, wenn eine Wohnung der Familie zu gross geworden ist, wird sie beibehalten, weil eine neue, kleinere Wohnung unter Umständen teurer zu stehen kommt als die alte, zu grosse. Während früher erwachsene Kinder meistens in der Familie der Eltern wohnten, bis sie sich verheirateten, ist es heute gang und gäbe, dass alleinstehende erwachsene Söhne und Töchter eine eigene Wohnung beziehen. Angesichts der guten Wirtschaftslage ist ihnen das häufig finanziell ohne weiteres möglich, doch wird dadurch der Wohnungsmarkt erneut beansprucht. So hinkt denn die Wohnungsproduktion der Nachfrage immer noch weit hintennach, und es wird wohl in naher Zukunft trotz grosser Anstrengungen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und vieler Privater nicht gelingen, hier Abhilfe zu schaffen.

\* \* \*



Das Berichtsjahr war reich an Abstimmungen und Wahlen. Am 1. Juni lehnte das Schweizervolk in der 217. eidgenössischen Volksabstimmung seit 1848 das neue Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen ab. Gegen dieses Gesetz war von Studenten der ETH das Referendum ergriffen worden, das somit zu einem Erfolg geführt werden konnte. Die Vorlage wurde lediglich in den Kantonen Waadt und Neuenburg angenommen. Allerdings war die Stimmbeteiligung die schlechteste seit 1848; sie betrug nur 30,6%. In der Abstimmung vom 14. September wurden zwei neue Verfassungsartikel über das Bodenrecht

bei einer geringen Stimmbeteiligung von 31,5% angenommen. Bemerkenswert war in dieser Abstimmung die Stimmbeteiligung im Kanton Genf, die sage und schreibe 10,2% betrug. Der 1. Februar 1970 brachte wieder eine Referendumsabstimmung, diesmal über den sogenannten Zuckerbeschluss. Der Beschluss wurde vom Volk angenommen, das Referendum hatte also keinen Erfolg.

Die Stimmbürger des Kantons Bern gingen dreimal zur Urne. Am 26. Oktober lehnten sie den Beitrag an eine eventuelle Durchführung der Olympischen Winterspiele 1976 im Berner Oberland ab. Hingegen wurden die neue Privatbahnhilfe, das geänderte Fischereigesetz, das Ausbildungsgesetz für Lehrer und der Beitrag an ein Schulheim für Behinderte gutgeheissen. Der 1. Februar brachte eine Vorlage über den Ausbau der psychiatrischen Klinik Waldau, der trotz der hohen Kosten von 55 Millionen Franken bewilligt wurde; hingegen wurde ein Kredit für die Instandstellung eines Verwaltungsgebäudes in der Berner Altstadt abgelehnt. Von entscheidender Bedeutung war die Abstimmung vom 1. März.



*Erdbebenkatastrophe in Jugoslawien*  
Das Schweizerische Rote Kreuz leistet erste Hilfe.  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Mit klarer Mehrheit entschloss sich hier das Bernervolk, die Verfassungsvorlage über das Jurastatut zu genehmigen. Damit wird den Jurassiern die Möglichkeit eingeräumt, über ihre politischen Rechte selber zu entscheiden; ferner wird auch die briefliche Stimmabgabe unter gewissen Voraussetzungen möglich. Wenn auch nach dem Ausgang dieser Abstimmung nicht behauptet werden kann, dass das Juraproblem gelöst sei, so scheint es doch zum erstenmal seit vielen Jahren, dass ein wesentlicher Schritt nach vorne getan worden ist.

Der 3. Mai schliesslich brachte dem Kanton Bern die Bestellung seiner Regierung für die nächsten vier Jahre. Die bisherigen Regierungsräte wurden alle mit hohen Stimmenzahlen in ihrem Amt bestätigt. Die Veränderungen im Grossen Rat waren parteimässig gesehen nicht sehr gross. Die BGB verlor einen Sitz, die Sozialdemokraten deren drei, während die Freisinnigen vier Sitze gewannen. Die Christlichsozialen fielen von elf auf zehn Sitze zurück, die Unabhängigen gewannen zwei Sitze und nehmen nun deren fünf ein, während das Junge Bern zwei Sitze verlor und nur noch zwei Vertreter ins Rathaus schicken





*Zwei neue Bundesräte*  
Ernst Brugger (rechts) und Pierre Graber leisten ihren Amtseid.  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

kann. Neu zieht ein Mitglied der Evangelischen Volkspartei ins Parlament ein, während die unabhängigen Radikalen und die unabhängigen Christlichsozialen wie bisher einen Sitz belegen.

Das Frauenstimmrecht in den bernischen Gemeinden hat im abgelaufenen Jahr wieder erhebliche Fortschritte erzielt. Von den 492 Gemeinden des Kantons Bern kennen gegenwärtig deren 247 das Frauenstimmrecht. In einigen Gemeinden wurden Vorlagen über das Frauenstimmrecht mit ganz knappem Mehr abgelehnt, so zuletzt in der Gemeinde Uebeschi mit 22 zu 20 Stimmen. Alles in allem genommen, darf man heute sagen, dass sich das Frauenstimmrecht im Kanton Bern durchgesetzt hat. Über 70% der gesamten weiblichen Bevölkerung stehen bereits in seinem Genuss. Die Zeit dürfte reif sein, es auch auf kantonaler Ebene einzuführen.

\* \* \*

Wie das nun schon fast zur Tradition geworden ist, möchte der Chronist seinen diesjährigen Bericht wieder mit der Erwähnung einiger fast zufäl-

lig herausgegriffener, aber doch bemerkenswerter Ereignisse abschliessen. Vor zwei Jahren musste er den silbernen Fünzigrappen-, Ein- und Zweifrankenstücken den Schwanengesang singen. Heute ist nun der Fünfliber an der Reihe. Ab 1. September 1969 wurden in der Schweiz auch diese Geldstücke aus der Kupfer-Nickel-Legierung, die sich bewährt hat, hergestellt. Die silbernen Fünfliber werden nach und nach aus dem Umlauf verschwinden, genau so wie das mit den Ein- und Zweifrankenstücken geschehen ist.

Seit dem Berichtsjahr gibt es eine ganze Reihe von Schweizer Frauen, die bereits mit Atomstrom kochen. Das erste kommer-

zielle Atomkraftwerk der Schweiz, Beznau I an der Aare im Kanton Aargau, wurde am 12. Mai 1970 in Betrieb genommen. Da sich zwei weitere Atomkraftwerke, Beznau II und Mühleberg, im Bau befinden, ist nicht damit zu rechnen, dass in der Schweiz je noch ein grösseres Wasserkraftwerk zur Erzeugung von elektrischem Strom in Betrieb genommen werden wird.

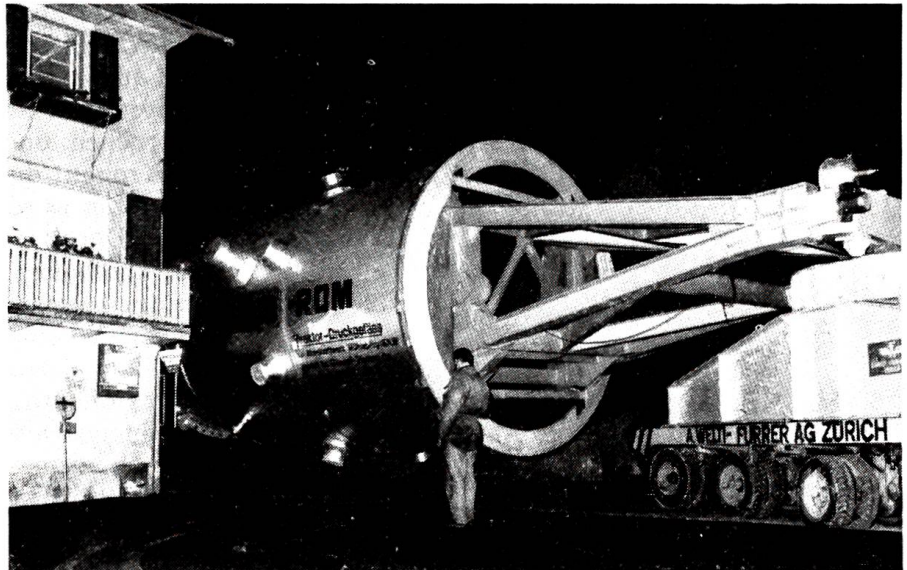
Auf dem Gebiete des Verkehrswesens sind zwei wichtige Daten zu erwähnen. Am 5. Mai 1970 wurden offiziell die Bauarbeiten am Strassentunnel durch den Gotthard eröffnet. Parallel zum Eisenbahntunnel soll der Strassentunnel von Göschenen nach Airolo führen. Es wird mit einer Bauzeit von etwa sieben Jahren gerechnet. Ferner konnte am 1. September offiziell eine neue schweizerische Passverbindung eingeweiht werden, nämlich die Strasse über den Nufenen. Sie führt von Ulrichen im Oberwallis über die Passhöhe auf 2478 m Höhe hinunter ins Bedrettot. Ursprünglich als Kraftwerkstrasse geplant, wurde sie mit Beiträgen des Bundes etwas breiter als für den Kraftwerkbau notwendig angelegt und kann nun



nach Abschluss der Bauarbeiten dem allgemeinen, insbesondere aber auch dem Touristenverkehr geöffnet werden.

Der Ausbau der AHV geht unaufhaltsam vorwärts. Nachdem auf den 1. Januar 1969 die AHV-Renten recht erheblich erhöht worden waren, reichte im März die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ein Volksbegehren für die Einführung einer Volkspension ein. Kurz darauf wurde auch die überparteiliche bürgerliche Initiative auf bessere Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge eingereicht, die mit 152 000 Unterschriften eine hohe Zahl von Stimmbürgern hinter sich vereinigen konnte.

In letzten Bericht hat der Chronist darauf hingewiesen, dass um die Übernahme der Olympischen Winterspiele durch die Schweiz ein lebhafter Wettbewerb unter verschiedenen Wintersportorten entbrannt sei. Im vergangenen Jahr hatte das Volk in einigen Kantonen darüber abzustimmen, ob es die geplante Durchführung der Olympiade finanziell unterstützen würde. Während die Berner und die Zürcher sich in kein finanzielles Abenteuer einlassen wollten und die Kredite ablehnten, stimmten das Wallis und der Kanton Graubünden einer Übernahme der Spiele durch Sitten bzw. St. Moritz zu. Im November entschied sich das Schweizerische Olympische Komitee, dem Internationalen Olympischen Komitee die Bewerbung von Sitten zu empfehlen. In seiner Sitzung anfangs Mai in Amsterdam hatte sich das IOK zu entscheiden. Seine Wahl fiel auf die nordamerikanische Stadt Denver im Staate Colorado, während Sitten den zweiten Rang einnahm. Mit grossem Bedauern nahmen die Walliser Regierung und das Walliservolk von diesem Entscheid Kenntnis, und der Walliser Grosse Rat entschloss sich sofort, die Kandidatur für 1980 zu erneuern.



*Ein spektakulärer Strassentransport*

Der über 100 Tonnen schwere, acht Meter lange und fünf Meter breite Unterteil eines Reaktordruckgefässes für das Atomkraftwerk Mühleberg wurde in mehrtägigem Transport aus der Ostschweiz nach Mühleberg gefahren.

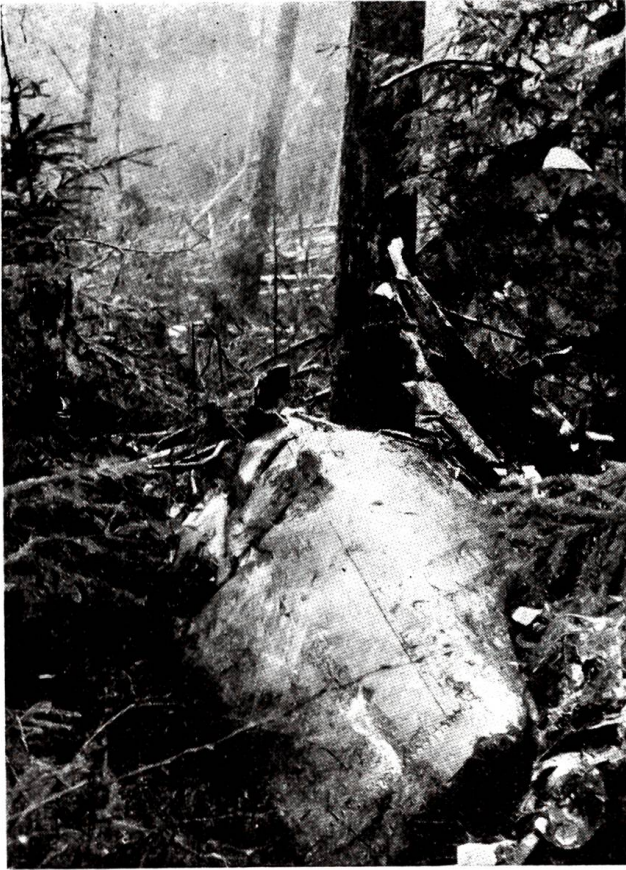
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Und wenn wir schon beim Wintersport sind: Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass an den Weltmeisterschaften in Val Gardena im Südtirol die Schweiz die beiden Goldmedaillen in der Herren- und der Damenabfahrt erobert hat. Bernhard Russi, Andermatt, und Annerösli Zryd aus Adelsboden hiessen die Gewinner. Ferner schaute eine Bronzemedaille für den Silser Dumeng Giovanoli im Riesenslalom heraus.

Im Bundesrat gab es Ende des letzten Jahres zwei Vakanzen durch den Rücktritt der Bundesräte Schaffner und Spühler. Sie wurden nach längerem Hin und Her ersetzt durch den freisinnigen, 1914 geborenen bisherigen Zürcher Regierungsrat Ernst Brugger und den Waadtländer Sozialdemokraten Pierre Graber; der eine übernahm das Volkswirtschaftsdepartement, der andere das Politische Departement, nachdem sich keiner der bisherigen Bundesräte zu einem Departementswechsel hatte bereit erklären können.

Zum Schluss sei noch ein Vorfall erwähnt, der die Meinungen in der Schweiz recht hart aufeinanderprallen liess. Es handelt sich hierbei um das berühmte «rote Büchlein», das schweizerische





*Flugzeugkatastrophe bei Würenlingen*  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Zivilverteidigungsbuch. Der Bundesrat verfolgte mit der Herausgabe dieses Buches den Zweck, jeden Bürger darüber zu orientieren, wie in einem künftigen bewaffneten Konflikt ein Gegner versuchen würde, die öffentliche Meinung in der Schweiz zu seinen Gunsten zu beeinflussen und damit das Land seinen Absichten gefügig zu machen. Diese an sich durchaus lobenswerte Absicht wurde indessen durch einige Ungeschicklichkeiten getrübt. So war es namentlich ein grober Fehler, in die Reihen der Herausgeber bloss einen einzigen Vertreter des Welschlandes und keinen des Tessins aufzunehmen. Mit Recht wurde gerügt, dass ein Buch, das sich an die gesamte Schweizer Bevölkerung wendet, in erster Linie von Deutschschweizern zusammengestellt und herausgegeben wurde. Die Kritik, die sich erhob,

ging aber weit über eine Kritik an solchen Äusserlichkeiten hinaus. Ein Teil davon stammt bestimmt aus jenen Kreisen, die sich von den Ausführungen im Zivilverteidigungsbuch mit Recht angesprochen und getroffen fühlen, eben aus jenen Kreisen, die im Falle eines Krieges alles daran setzen würden, in der Schweiz Zwietracht zu säen. Daneben gab es aber auch eine zahlenmässig durchaus nicht unbedeutende Gruppe von namentlich jungen Leuten, die die Herausgabe des Buches als eine Einmischung in ihre freie Meinungsbildung betrachteten. Es kam an einigen Orten zu öffentlichen Verbrennungen des Zivilverteidigungsbuches, und es wurde empfohlen, das Buch dem Bundesrat zurückzuschicken. Trotz der Propaganda, die für diese Idee gemacht wurde, fand sie im grossen und ganzen doch recht wenig Widerhall. Mit Spätzündung reagierten zum Beispiel einige Mitglieder des Schweizerischen Schriftstellervereins, die geschlossen ihren Austritt aus dem Verein gaben, weil ihr Präsident, der Walliser Maurice Zermatten, an dem Buch mitgearbeitet und es ins Französische übersetzt hatte. Auch über diese Geschichte wird aber wieder Gras wachsen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass mancher, der sich heute berufen fühlt, dem Bundesrat am Zeug zu flicken, später einsehen muss, dass die Absicht nicht so verfehlt war, wie man das während einiger Zeit glauben konnte.

#### *Anekdoten machen Weltgeschichte*

«Mein letzter Vorschlag,» sagte zerknirscht der Händler. «Ich lasse Ihnen den Wagen für 300 Dollar – da lege ich 200 Dollar drauf!»

«Hm, ich mache Ihnen einen Gegenvorschlag,» überlegte der Kunde.

«Sie geben mir 100 Dollar, behalten Ihren Wagen, dann haben Sie noch 100 Dollar gespart.»  
(ici)

Nachdem Mr. Cash die kugelsichere Weste eingehend geprüft hatte, fragte er:

«Und Sie garantieren mir, dass sie keinen Schuss durchlässt?»

«O.K.,» nickte der Verkäufer. «Wenn trotzdem, erhalten Sie den Kaufpreis zurück!» (ici)